

Geldpolitik Optimismus auf Pump

Marktwirtschaft lebt vom Optimismus. Manchmal ist man versucht zu sagen, vom übertriebenen Optimismus. Ohne ein übersteigertes Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und die Zukunft wären wohl so manche Entdeckungen nie gemacht worden. Wie anders lässt sich sonst der Mut von Männern wie Vasco da Gama oder Christoph Kolumbus für einen Aufbruch ins Ungewisse erklären? Wie sonst wären Leistungen wie die von Madame Curie oder den Gebrüdern Wright möglich gewesen?

Auch Unternehmer brauchen Mut und – vielleicht darf ich das sagen, weil ich selber einer bin – ein übersteigertes Selbstvertrauen. Wie anders lässt es sich erklären, dass Menschen so grosse finanzielle Risiken für sich und andere eingehen? Wie sonst kann es sein, dass so viele oftmals leichtfertig die eigene Gesundheit und Reputation aufs Spiel setzen?

Aber nicht nur der Optimismus der Unternehmer ist für eine funktionierende Marktwirtschaft nötig. Auch die Konsumenten müssen Zukunftsvertrauen in grossem Umfang besitzen. Eine langjährige Ausbildung zu beginnen, ein Haus zu bauen oder einfach nur der nächste Wochenendausflug, all das braucht den Optimismus, dass das Leben weitergeht – und zwar positiv.

Wer Schulden macht, hofft, dass die finanzierte Aktivität sinnvoll gewesen ist

In diesem Sinne muss es niemand verwundern, dass das Wachstum der Marktwirtschaft eng mit dem Wachstum von Kredit verbunden ist. Schulden sind ein Wechsel auf die Zukunft. Wer Schulden macht, hofft, dass er diese in der Zukunft nicht nur zurückzahlen können wird. Er hofft auch, dass die finanzierte Aktivität sinnvoll oder gewinnbringend gewesen ist.

Der übersteigerte Optimismus von uns allen drückt sich im Wachstum der Schulden aus. Solange den



Klaus Wellershoff
Ökonom
Wellershoff & Partners

«Unser übersteigertes Optimismus drückt sich im Wachstum der Schulden aus.»

Schulden Vermögenswerte gegenüberstehen, ist das unproblematisch. Gehen unsere Pläne aber einmal kollektiv nicht auf, ist unser Vermögen weniger wert, als wir erhofft haben. Dann übersteigen unsere Schulden unser Vermögen. Das geht meist nicht lange gut. Es kommt zum individuellen Bankrott, zur kollektiven Wirtschaftskrise und zu grossen Verlusten bei Gläubigern.

Das gehört zur Marktwirtschaft. Wie gross eine Wirtschaftskrise wird, hängt davon ab, wie gross das Missverhältnis von Schulden und Vermögen ist und wie schnell wir uns die missliche Lage eingestehen und die verlorenen Kredite abschreiben.

Von Schuldenabbau ist nichts zu spüren

Was das alles mit uns zu tun hat? Zwei Beobachtungen drängen sich auf: Erstens müssen wir feststellen, dass in den vergangenen Jahren unsere Verschuldung weiter gewachsen ist. Von Schuldenabbau nach der Finanzkrise ist nichts zu spüren. Seit 2007 ist die globale Verschuldung um mehr als 50 Prozent angestiegen.

Zweitens wissen wir, dass die historisch tiefen Zinsen zu einem historischen Anstieg der Vermögensbewertung geführt haben. Fallende Zinsen führen in unserer Vorstellung von Vermögensbewertung dazu, dass unsere Vermögen schneller steigen als unsere Erträge. Oder anders ausgedrückt: Solange die Zentralbanken die Zinsen nach unten gedrückt haben, liess sich der Schuldenaufbau von privaten und öffentlichen Schuldnern problemlos finanzieren. Oder noch anders ausgedrückt: Mit ihrer Zins- und Geldpolitik haben die Notenbanken aktiv dazu beigetragen, dass sich die Schuldenspirale weiter gedreht hat. Das war gut für das Wachstum der vergangenen Jahre. Jetzt, wo Inflation und Zinsen aber wieder steigen, werden wir sehen, ob diese Politik den unvermeidlichen Knall nur verzögert und letztlich lauter gemacht hat.

MEHRWERT (12)

Aktivismus vermeiden auf allen Kanälen

PETRA RÜEGG

Immer öfter er tappe ich mich dabei, wie ich Werberbriefe, Flyer, Newsletter, Kataloge von der Mailbox ungeöffnet in den Papierkorb verschiebe. Im Bruchteil einer Sekunde werden Investitionen vernichtet.



Dabei will man gerade als Marketeer mit coolen Storys, mit aufwendig gestalteten Broschüren, witzigen Flyern, besonders attraktiven Angeboten und persönlich zugeschnittenen Botschaften und Packages die Aufmerksamkeit seiner Zielgruppe auf allen Touchpoints und Kanälen maximieren. Ganz nach dem Prinzip: Der Köder muss dem Fisch gefallen und schmecken. Doch was, wenn die Fische im Futter versinken und die Masse zur Qual wird? Dann prallt irgendwann leider auch das beste Angebot ab, mit der Konsequenz einer immer härteren Selektion und Konzentration auf wirklich wertvolle Informationen. Dazu gibt es natürlich längst die passenden Apps, die uns dabei unterstützen, die Informationsflut zu filtern und die nur gezielt ausgewählte Themen anzeigen.

«Konzentration auf wirklich wertvolle Informationen.»

Nur: Wenn wir wegen dieser Filter dann womöglich Wichtiges verpassen und damit unser Ideen- und Entwicklungspotenzial einschränken? Können wir uns nicht einfach auf unser Hirn und seinen bereits integrierten Schutzmechanismus verlassen, der uns sowieso nur bewusst wahrnehmen lässt, was uns wirklich interessiert?

Vielleicht würde es ja guttun, wieder mehr Gelassenheit in die Kundenkommunikation zu bringen und einen Gang zurückzuschalten. Ein Bauer sät auch nicht jeden Tag auf dem gleichen Feld in der Hoffnung, dass das Gemüse so schneller wächst. Er widmet ihm die notwendige Zeit fürs Hegen und Pflegen, bevor er erntet – und wenn er nach einer Ruhephase wieder neu ansät. Ich habe mich deshalb entschieden, nur noch Newsletter zu verschicken, wenn ich meiner Zielgruppe wirklich Neues und Interessantes zu berichten habe. Ein wohlthuender Gedanke und ein einfaches Prinzip, mit dem ich unnötigen Kommunikationsaktivismus auf allen Kanälen konsequent reduziere und Kosten spare, ohne an Wirkung zu verlieren. Denn die freien Kapazitäten kann ich nun für persönliche Kundenkontakte verwenden.

Petra Rüegg ist Mitglied des Verbands Frauenunternehmen.

Russland Fehler mit ernstesten Folgen

In Vierteljahrhundert nach Ende des Kalten Krieges befinden sich der Westen und Russland heute erneut im Streit. Diesmal allerdings geht es bei dem Konflikt eindeutiger um geopolitische Macht als um Ideologie. Der Westen hat in der postsowjetischen Region auf vielfältige Weise demokratische Bewegungen unterstützt und seine Begeisterung für die Revolutionen, die langjährige Diktatoren durch ansprecherbare Regierungsführer ersetzen, relativ unverhohlen gezeigt. Dies obwohl sich nicht alle diese Politiker als die engagierten Demokraten erwiesen, als die sie sich ausgegeben hatten.

Zu viele Länder im ehemaligen Ostblock bleiben unter der Kontrolle autoritärer Führer, von denen einige, wie der russische Präsident Wladimir Putin, es gelernt haben, eine überzeugendere Fassade von Wahlen aufrechtzuerhalten als ihre kommunistischen Vorgänger. Sie verkaufen ihr System als «illiberale Demokratie». Diese Führer behaupten, sie würden die Dinge einfach effektiver anpacken.

Dies stimmt mit Sicherheit, wenn es darum geht, nationalistische Stimmungen zu schüren und abweichende Meinungen zu unterdrücken. Deutlich weniger effektiv sind sie dabei, langfristiges Wirtschaftswachstum zu kultivieren.

Russland war einst eine von zwei Weltmächten. Heute liegt sein BIP bei rund 40 Prozent von dem Deutschlands. Bei der Lebenserwartung nimmt es weltweit den 153. Platz ein, hinter Honduras und Kasachstan. Was



«In Russland herrscht ein Klügel-Kapitalismus.»

Joseph Stiglitz
Nobelpreisträger für Ökonomie

das Prokopfeinkommen angeht, so liegt Russland heute auf Platz 73 und damit deutlich hinter den früheren sowjetischen Satellitenstaaten in Osteuropa. Es hat sich nicht zu einer Marktwirtschaft entwickelt, sondern zu einer Form von Klügel-Kapitalismus.

Privatisierung allein schafft noch keine Basis für nachhaltiges Wachstum

Was also ist schief gegangen? Wer ist schuld? Ist überhaupt jemand schuld? Hätte man die postkommunistische Übergangsphase besser steuern können?

Wir werden nie eine definitive Antwort auf diese Fragen erhalten; die Geschichte lässt sich ja nicht wiederholen. Allerdings bin ich der Ansicht, dass das, womit wir heute zu tun haben, mindestens zum Teil eine Hinterlassenschaft des fehlerbehafteten Washingtoner Konsenses ist, der Russlands Übergangszeit prägte. Die Einflüsse dieses Rahmenwerks spiegelten sich im enor-

men Gewicht wider, das die Reformer auf die Privatisierung legten, egal wie diese erfolgte, wobei Tempo Vorrang vor allem anderen hatte – auch vor der Schaffung der institutionellen Infrastruktur, die für eine funktionierende Marktwirtschaft Voraussetzung ist.

Es hat sich gezeigt, dass diejenigen, die argumentierten, dass einmal geschaffene private Eigentumsrechte zu breiteren Forderungen nach Rechtsstaatlichkeit führen würden, Unrecht hatten.

Russland und viele andere Übergangsländer hinken den hochentwickelten Volkswirtschaften heute weiter hinterher denn je. In einigen Übergangsländern liegt das BIP inzwischen unter seinem Niveau zu Beginn des Wandels.

Fehlerhafte Ideen können, selbst wenn sie in bester Absicht verfolgt werden, also ernste Folgen haben. Und die Chancen zur Selbstbereicherung, die Russland bot, waren schlicht zu ausgeprägt, als dass einige da hätten widerstehen können.

DIALOG



der Fehler der Gäste und nicht der Gastronomen.
Hans Schmid

HZ Nr. 14 6.4.2017
«Wie der Schweizer Handel Milliarden sparen könnte»
Für Food-Waste dürfte auch die Gastronomie in nicht unbedeutendem Ausmass verantwortlich sein – Stichworte «Schwedenbuffet», «Frühstücksbuffet» und dergleichen: Teller am Buffet randvoll geschöpft und halbvoll zurück zum Abfallcontainer.
Rene Edward Knupfer

Wenn das am Buffet passiert, ist dies aber primär

HZ Nr. 14 6.4.2017
«Angst vor Apple Pay?»
Twint hat den Vorteil, dass es nicht nur auf iPhone und nicht nur im «Migros-Lädli» funktioniert. Ausserdem hat es eine günstige Tarifstruktur und ist somit für Anbieter und Nutzer gleichermaßen interessant. Ich setze auf Twint und hoffe, dass die Schweizer Anbieter Durchhalten wollen zeigen. Apple Pay hat gewaltige Nachteile und keine Swissness!
A. Müller



HZ Nr. 14 6.4.2017
«Warum so viele Mütter aus dem Beruf aussteigen?»
«Frauen sollten sich weniger entschuldigen!» S. Bilen im #Interview bei #Handelszeitung #MutzuKindernundKarriere Working Moms @KinderKarriere

HZ Nr. 13 30.3.2017
«Das legale Geschäft mit Hanf ist im Vormarsch.»
Mehr als Rausch: Der grüne Handel boomt.
via @Handelszeitung: Das

legale Geschäft mit Hanf ist im Vormarsch.
Tobias P. Hohl
@nightingale_news

HZ Nr. 13 30.3.2017
«Wie Roboter die Büros erobern werden?»
Wenn Kollege Roboter in der Teppichetage Einzug hält – via @Handelszeitung.
Marius Eyesfeld
@eyesfeld



HZ Nr. 13 30.3.2017
«In der Politik heisst befristet für immer»
Die Energiestrategie wurde im vergangenen Herbst im selben Atemzug mit der Atomausstiegsinitiative genannt. Die Gegner der Initiative versprochen damals: Mit der Energiestrategie ist der Atomausstieg bereits aufgegleist, nur lässt sie uns mehr Zeit. Wie aktuelle Studien belegen, war es denn exakt das Zeitargument, welches zu einem Nein führte. Denn

laut Voto-Studie von Lutz und Lebert waren grundsätzlich 76 Prozent aller Befragten für den Atomausstieg. Selbst 63 Prozent derjenigen, die gegen die Atomausstiegsinitiative stimmten, gaben an, sie seien gegen Atomenergie. Deutlich war ausserdem die Zustimmung zur vermehrten Nutzung einheimischer Energie: 80 Prozent der Befragten wünschten sich laut GFS Zürich, dass die Schweiz vermehrt einheimische Energie nutzt.
Jürgen Baumann

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle:

E-Mail: redaktion@handelszeitung.ch
Twitter: twitter.com/handelszeitung
Facebook: facebook.com/handelszeitung
Online: Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel